

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten, Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Halle-Zeitung erscheint wöchentlich siebenmal und zwar als Frühblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land jeweils durch die Post bezahlung monatlich M. 10.00, im vorausbezahlt monatlich M. 8.75 monatlich. Die abgabepflichtige Postnummer ist 11133, im ausserordentlichen Falle M. 113. Kaffeeblätter die Millimeter-Zeile M. 4.00 im Ortstarif und M. 5.00 im ausserordentlichen Tarife. Postgebühren: Hier wie nachfolgend.

Der Streik beendet!

Erfolgreiche Verhandlungen im Reichskabinett — Die Regierung hält an Disziplinierung fest — Die Reichsgewerkschaft fordert zur sofortigen Aufnahme der Arbeit auf — Schweres Eisenbahnunglück auf Bahnhof Köln.

Berlin, 7. Febr. (Eig. Drahtnachricht.) Die Besprechungen, die zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Gewerkschaften wegen Belegung des Eisenbahnstreiks geführt wurden, wurden heute nachmittag vom Reichsfinanzminister mit Vertretern des Deutschen Beamtenbundes und einem Vertreter der Reichsgewerkschaft wieder aufgenommen. Sie führten um 9 Uhr abends zu einem positiven Ergebnis. Die Verhandlungen bezogen sich zuletzt nur noch auf die Frage der Disziplinierung ausführender Beamter. Nachdem der Beamtenvertreter unter inzwischen erklärten Voraussetzungen den abschließenden Abbruch des Streites in Aussicht gestellt hatte, wurden zwei Vertreter der Reichsgewerkschaft zu einer letzten Ausprache herbeigeholt. Es wurde über folgende Erklärung Verständigung erzielt, nach dem das Kabinett von dem Gange der Verhandlungen Kenntnis genommen und das vom Reichsfinanzminister vorgelegte Ergebnis gebilligt hatte.

Die Erklärung hat folgenden Wortlaut: Die Reichsgewerkschaft gibt die Erklärung ab, daß sie nach heute abend den Streik der Reichsgewerkschaft für beendet erklären wird, nachdem der Herr Reichsfinanzminister erklärt hat, daß bei sofortigem Abbruch des Streites die Disziplinierung nach den vom Gesamtkabinett aufgestellten Richtlinien erfolgen wird. Die Reichsregierung wird bei sofortigem Abbruch des Streites in der Anwendung und Durchführung der disziplinarischen Maßnahmen von Massendisziplinierungen und Massenentlassungen absehen. Den in Frage stehenden Beamten wird ihr Beschwerderecht selbstverständlich völlig gewahrt werden.

Die Vertreter der Reichsgewerkschaft erklärten, nach am Abend an ihre Organisationen im Lande telegraphisch die Weisung zum Abbruch des Streites ergehen zu lassen.

Ehe in später Nachtstunde die Drahtnachricht über die Beendigung des Streites eintraf, ergaben die bis dahin vorliegenden Meldungen folgendes Bild, das wir unsern Lesern, um sie von der Entwicklung der Sache lückenlos zu unterrichten, hier vorlegen:

Ämtlicher Streiklage-Bericht.

Berlin, 6. Februar. Wie vom Reichsverkehrsminister mitgeteilt wird, ist die Streiklage gegen gestern im allgemeinen wenig verändert. In einzelnen Stellen sind Sabotageakte vorgekommen, aber nur in geringem Umfange, und zwar in den Bezirken Frankfurt a. M. und Altona. In Württemberg wird der Betrieb voll aufrechterhalten. In Baden hat sich der Streik nicht weiter ausgedehnt. Auf einem der größten Verkehrsabschnitte Mitteldeutschlands haben die Lokomotivführer einen Kurier zum Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft nach Berlin geschickt mit der Forderung, daß der Betrieb sofort auf allen Linien wieder aufgenommen werden soll. Auch sonst macht sich allgemein ein allmähliches Aufheben des Streites bemerkbar. In Schwabmühl ist das ganze Personal zum Dienst zurückgeführt. Auch die ärztlichen Organisationen des Deutschen Eisenbahnerverbandes brechen an mehreren Stellen den Streik ab. So ist in Essen und Hamm die Arbeit wieder begonnen. In Frankfurt a. M. ist nach heute die Arbeit wieder begonnen. Im gesamten bestreikten Gebiet sind in den letzten 24 Stunden seitens Personalvereine gefahren worden. Von Berlin aus besteht heute bereits ein Vernehmungsverkehr nach allen Richtungen. Im Berliner Vorortverkehr sind gestern insgesamt 120 Züge gefahren worden.

Berlin, 7. Februar.

Die Meldungen aus dem Reich lassen erkennen, daß die Klärung zur Wiedereröffnung der Arbeit wichtig. Am Direktionsbezirk Kassel hat die Wiedereröffnung der Arbeit heute erhebliche Fortschritte gemacht. In Raderborn sind 60 Lokomotivführer zum Dienst zurückgeführt. In Soest besteht Neigung zur Wiedereröffnung des Dienstes.

In Bayern haben Lokomotivführer und Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes in neuer Mitteilung mit überwältigender Mehrheit den Streik abgelehnt. 33 bayerische Lokomotivführer wurden entlassen. In Magdeburg sind 1500 Werkstättenarbeiter ausgehert und rund 5000 Arbeiter durch den Streik beschäftigungslos geworden.

In Essen wurde von sämtlichen Eisenbahnerverbänden die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit proklamiert. In Berlin sieht man die Lage verhältnismäßig hoffnungsvoll an. Es herrscht die Meinung vor, daß der Aufruf der Gewerkschaften, der zur Wiederaufnahme der Arbeit aufruft, sowie das Ultimatum des Eisenbahndirektionspräsidenten und des Magistrats ihre Wirkungen nicht verfehlen werden, umsonst also auch die Berliner Sabotage und die Kassenbeschäftigtenstreik der Urabstimmung gegen den Streik ausgereicht haben.

Die Lage in Hamburger Eisenbahnerkreise verläuft sich von Tag zu Tag. Dem dienstwilligen Personal werden von Umständen die höchsten Schwierigkeiten in den Weg gelegt. Sie werden fortgesetzt bei der Abholung der einzelnen Züge beschäftigt. Am Montag sind einzelne Züge von Sabotage vorgekommen.

Die Streiklage in Hannover hat sich etwas gebessert. Wichtig nehmen Streikende die Arbeit wieder auf. Der Zügeverkehr hat erheblich zugenommen.

Sabotageakte.

Frankfurt a. M., 7. Februar. Wie der Postbericht meldet, wurde in der Betriebswerkstatt eine Lokomotive von der Lokführer Postille unter Saub der Postkräfte einseitig. Als sie den Schuppen verließ, erlösbere einige Sprengkörper, die von unbekannter Hand auf die Lok gesetzt worden waren. Die Lokomotive wurde durch die Sprengstoffe in Brand gesetzt und wurde durch die Explosion in die Höhe geschleudert. Die Lokomotive wurde durch die Explosion in die Höhe geschleudert. Die Lokomotive wurde durch die Explosion in die Höhe geschleudert.

Ein Sabotageakt ist in Limburg verübt worden. Streikende Eisenbahner liehen eine Lokomotive auf die Drehscheibe fahren und brachten sie dort zum Stillstand. Die Eisenbahndirektion legte eine Belohnung von 10 000 M. für die Ergreifung der Täter aus.

Verhaftung von Streikführern.

Kassel, 7. Februar. (Telegramm.) Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten wurde eine Reihe von Streikführern verhaftet. Der erste der Festgenommenen ist der deutsch-nationale Stadterobernte Ged.

Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Berlin, 7. Februar. Noch in der Nacht zum Dienstag tagte die Reichsgewerkschaft mit fünf Unterkommissionen. Während der Sitzung wurde bekannt, daß das Reichskabinett beschlossen hat, die Angelegenheit der Abregelungen dem freien Ermessen des Reichsverkehrsministers zu überlassen. Hierdurch sah sich die Reichsgewerkschaft, wie der sozialdemokratische Parlamentarier meldet, veranlaßt, einstimmig die Fortsetzung des Streiks zu beschließen.

Nochmals Verabstimmung der sächsischen Arbeiter.

Berlin, 7. Februar. Oberbürgermeister Wolf befragte die Streikleitung, die um 2 Uhr nachmittags eine Verlangung der Frist für die Wiederaufnahme der Arbeit zu erreichen suchte, daß mit jeder Stunde des weiteren Ausbleibens der Einzahl der technischen Postille auch in den Gaswerken miederwärts und daß die Einstellung der neuen Arbeitstätte gemäß dem Status sequens müsse. In der fünften Stunde wurde nach dem Rathaus gemeldet, daß die Streikleitung den Abbruch des Streiks empfiehlt, die Konzentration der Diktate der einzelnen Betriebe aber beschließen habe, im Streik zu verharren. Es soll daher eine nachmalige Abstimmung stattfinden und bis morgen mit 9 1/2 Uhr beendet sein. Das Ergebnis wird über Abbruch oder Fortsetzung des Streiks entscheiden.

Streikbeschluss der unteren Postbeamten.

Berlin, 7. Februar. Die Funktionsversammlung des Reichsverbandes der Post- und Telegraphenbeamten nahm am Montag eine Entschliessung an, nach der die 25 000 Beamten der Gruppe 1—4 am 8. Februar in den Streik eintreten werden, falls mit der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten keine Einigung erzielt worden ist.

Berlin, 7. Februar. Im Reichspostministerium ist von einem beabsichtigten Streik der Berliner Post- und Telegraphenbeamten nichts bekannt.

Gröner über die Frage der Massregelungen

Unterschiedliche Behandlung der Streikführer und der Streikenden.

Weber den augenblicklichen Stand der Verhandlungen zur Streikbeilegung wird von zuständiger Stelle mitgeteilt.

daß die Beamtenbündvertreter nach Montagabend nach der Sitzung im Reichsfinanzministerium über die Entlassungen des Reichsfinanz- und des Reichsverkehrsministers der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten berieten.

Die Reichsgewerkschaft hat sich mit den von der Reichsregierung gemachten Formulierungen der Forderung des Arbeitsvertrages und der Frage der Grundgehälter als befriedigt erklärt, aber die Einstellung des Streiks abhängig gemacht von der Regelung der Frage der Massregelungen.

Montag abend erschienen zwei Führer des deutschen Beamtenbundes beim Reichsverkehrsminister, um seine Stellungnahme zur Frage der Massregelungen kennen zu lernen. Der Minister erklärte ihnen die Nechtelage wie folgt:

Die nach dem Beamtengehalt und anderen persönlichen Bestimmungen eingeleiteten Disziplinarverfahren werden durchzuführen, soweit es sich um unfähigere Beamte handelt. Soweit gegen fähigere Beamte Entlassungen ausgesprochen worden sind, bleiben diese aufrechterhalten. Es steht jedoch diesen Beamten das gesetzliche Recht zum Verfügung, so daß also etwaige Entlassungen rückgängig gemacht werden können. Es ist um Mitleid zu handeln, aber um solche Streikende, die nicht Führer gewesen sind, so ist natürlich an eine Massdisziplinierung keineswegs zu denken. Es soll in den einzelnen Direktionsbezirken festgestellt werden, inwieweit die Beamten am Streik beteiligt waren. Es sollen darüber Listen aufgestellt werden. Nach deren Prüfung wird der Minister entscheiden, ob gegen einen Beamten disziplinarisch vorgegangen werden soll oder nicht.

Was die Arbeiter anbetrifft, so werden sie nach den örtlichen Bedürfnissen wieder eingestellt werden.

Aufseuf der Berliner Spitzenorganisationen.

Unverzügliche Aufnahme der Arbeit verlangt!

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, der Deutsche Metallarbeiterverband, der Zentralverband der Maschinen- und Feiler, der Deutsche Transportarbeiterverband, der Zentralverband der Angestellten, die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgebung und der Freie Allgemeine Angestelltenbund, Ortsrat Groß-Berlin, erklären einen Aufruf an die sächsischen Angestellten und Arbeiter auf sofortige unverzügliche Aufnahme der Arbeit. Der Aufruf weist darauf hin, daß die durch den Streik auf die gesamte Bevölkerung verhängten Leiden und Unbilden nicht gerechtfertigt erscheinen.

Die Kabinettsitzung.

Die Regierung leitet Verhandlungen ab.

Berlin, 7. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Auf Veranlassung der Sitzung des Reichsfinanzministers fand um 1 Uhr nachmittags eine Kabinettsitzung statt, in der über den Streik der Eisenbahner beraten wurde. An der Sitzung nahmen der Reichsfinanzminister und die Spitzenorganisationen teil. Im Laufe der Besprechung gelangte zum Ausdruck, daß die Regierung Verhandlungen mit den Streikenden ablehnt und auf ihrem bereits gekennzeichneten Standpunkt beharrt. Die Eisenbahndirektion hat ausgedrückt, die Lizen der im Ausland befindlichen Beamten zu vergrößern, um nötigenfalls Entlassungen der Beamten vornehmen zu können.

Keine Reichstagsagung.

Die gestrige Sitzung des Reichstages fiel aus. Die Abgeordneten wurden gebeten, baldmöglichst nach Berlin zu kommen. Eisenbahnzüge für die Fahrt werden zur Verfügung stehen. Die nächste Sitzung wird wahrscheinlich am Donnerstag stattfinden.

Der Reichstag konnte die für gestern angelegte Sitzung nicht aufnehmen. Es hatten sich nur etwa 150 Abgeordnete eingefunden. In der Hauptfrage waren es Vertreter der Linksparteien. Infolgedessen wurde der Präsident die angelegte Sitzung wieder abgelehnt.

